



ANGELA DORN, MdL SCHLOSSPLATZ 1 - 3 65183 WIESBADEN

Interkulturelles Begegnungszentrum Kerner
Frau Lydia Koblofsky
Lutherischer Kirchhof 1
35037 Marburg

06.05.2020

Offener Brief vom 11. April 2020 – Relocation jetzt!

Sehr geehrte Frau Koblofsky,
sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank für die Zusendung des Offenen Briefs. Der Umgang der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union mit den Menschen, die auf ihrer Flucht nach Europa an den europäischen Außengrenzen stranden, ist auch für mich ein sehr bewegendes Thema. Es war deswegen ein wichtiger Erfolg, dass in den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen die Prüfung eines Hessischen Landesaufnahmeprogramms für vulnerable Gruppen aufgenommen wurde. Als Landesvorsitzende der Hessischen Grünen habe ich mich in den Koalitionsverhandlungen für die Aufnahme des Passus auch persönlich eingesetzt. Aktuell wird die Ausgestaltung dieses Aufnahmeprogramms zwischen den regierungstragenden Fraktionen und den beiden zuständigen Ministerien Innen und Soziales behandelt.

Ich freue mich sehr, dass Sie sich so engagiert diesem Thema annehmen. Und es ist ein wichtiges gesellschaftliches Signal, dass sich Marburg wie viele Kommunen in ganz Deutschland bereit erklärt, eigenständig zu handeln. Anders, als in Ihrem Brief suggeriert, ist die Zuständigkeitsfrage für eigenständige Programme von Ländern oder Kommunen jedoch eindeutig gelöst: Die Bundesländer können erst handeln, wenn die Bundesregierung es uns ermöglicht. Das Land Berlin hat daher beim Bundesministerium des Innern einen Antrag auf humanitäre Aufnahme von Kindern und besonders Schutzbedürftigen aus den griechischen Lagern gestellt. Die Entscheidung von Bundesinnenminister Seehofer zur Anfrage des Landes Berlin wird auch für alle anderen Bundesländer, die erwägen, einen solchen Schritt zu tun, eine entscheidende Relevanz haben. Schließlich wäre die Organisation von Auswahl, Visa und Anreise ohne den Bund schwierig bis unmöglich.

Zudem ist leider auch noch nicht klar, ob es rechtlich überhaupt möglich ist, mit einem Landesaufnahmeprogramm Geflüchtete aus Griechenland aufzunehmen, die ja bereits ein Recht auf ein Asylverfahren in der EU haben. Hier benötigen die hessischen Behörden schnellstmöglich eine rechtliche Klarstellung. Genau für diese Klärungen setzen wir uns ein.

65183 Wiesbaden
Schlossplatz 1 – 3

Durchwahl: 0611 350 634
Telefax: 0611 350 600

E-Mail: a.dorn@ltg.hessen.de
URL: www.hessischer-landtag.de

Regionalbüro
Frankfurter Straße 46
35037 Marburg

Durchwahl: 06421 24117
Telefax: 06421 14721

E-Mail: a.dorn2@ltg.hessen.de
URL: www.angeladorn.de

Dass der Bund eigenständig 50 Menschen aus den griechischen Flüchtlingslagern geholt hat, ist einerseits zu begrüßen, da er damit seine Haltung aufgegeben hat, zunächst auf eine Einigung mit anderen europäischen Staaten über eine Verteilung der Geflüchteten zu warten. Gleichzeitig ist die Zahl angesichts des Leids natürlich sehr gering und auch ich wünsche mir sehr, dass die Bundesregierung sich - unabhängig von der richtigen Initiative eine Verteilungslösung auf europäischer Einigung zu erreichen - zu konsequenteren Schritten entscheidet.

Ich möchte jedoch auf einen für mich wichtigen Aspekt hinweisen: Zurzeit fokussiert die Diskussion sich sehr auf die Lage in Griechenland. Das ist einerseits aufgrund der dramatischen Bilder dort verständlich, andererseits ist Griechenland nicht der einzige Ort an den europäischen Außengrenzen, an denen Geflüchtete humanitäre Hilfe benötigen. Die Lage in Libyen, aber auch an den türkischen Grenzen ist ebenfalls besorgniserregend – gerade in Zeiten von Corona. Dazu kommen zahlreiche Krisengebiete in dieser Welt. Für mich ist vollkommen klar: Geflüchtete Menschen verdienen Schutz, unabhängig vom aktuellen Aufenthaltsort. Deswegen sollte ein Aufnahmeprogramm für besonders vulnerable Gruppen wie zum Beispiel unbegleitete Kinder, Schwangere, alleinreisende Frauen, Alleinerziehende, Kranke und schwer Traumatisierte aufgelegt werden, um diesen Menschen nach klar nachvollziehbaren Kriterien eine Zuflucht in Europa zu ermöglichen. Diese muss anschließend von der Bundesregierung beschlossen und mit den europäischen Partnern gemeinsam umgesetzt werden. Für das Landesaufnahmeprogramm müssen auch schwierige Abwägungen getroffen werden, welche betroffenen vulnerablen Gruppen entsprechend hiermit unterstützt werden können.

Nicht zuletzt muss die Lage vor Ort verbessert werden – in Libyen ebenso wie in Griechenland. Ein Einsatz der Bundesregierung gemeinsam mit den europäischen Ländern, wie sie die humanitäre Lage vor Ort maßgeblich verbessern will, ist wesentlich. Dass in Griechenland einige hundert Menschen aus den Lagern der griechischen Inseln auf das Festland gebracht wurden, waren auch dringend notwendige Schritte, denen weitere folgen müssen.

Für Ihr Engagement wünsche ich Ihnen alles Gute.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke extending to the right.

Angela Dorn